

Vorlagennummer: 0537/2026
Vorlageart: Anfrage
Status: öffentlich

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Hier: Wohnungsnot, Maßnahmen und Handlungskonzepte.

Eingereicht am: 18.06.2026
Gestellt von: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge

Gremium	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie (Kenntnisnahme)	30.06.2026	Ö

Sachverhalt

Aus den Antworten der Verwaltung vom 17.03.2026 geht hervor, dass vielen Menschen mit Wohnberechtigungsschein keine geförderte Wohnung angeboten werden konnte.

- (1) Erfüllen diese Menschen bestimmte Kriterien nicht, die dazu führen, dass sie nach-rangig behandelt werden? Wie sieht der Kriterienkatalog für die Vergabe aus?
- (2) Welche Hilfestellung erhält diese Personengruppe?
- (3) Wie lang sind die durchschnittlichen Wartezeiten, um in geförderten Wohnraum einziehen zu können? Was ist die bisher längste Wartezeit?
- (4) Welche relevanten Ziele/Teilziele, die im Handlungskonzept Wohnen formuliert sind, hat die Stadtverwaltung bereits erreicht? Welche stehen noch aus? Wie sehen die Prioritätenliste und Zeitschiene bezüglich dieser Maßnahmen aus?
- (5) Wie weit ist die Verwaltung mit der Entwicklung eines Konzeptpapiers zur Bewältigung von Obdachlosigkeit?
- (6) Erwägt die Stadt ein Merkblatt zur Meldung von Wohnungsleerstand herauszugeben? Falls nicht, was spricht aus Sicht der Verwaltung dagegen?

Begründung

Hagen ist eine Stadt mit hohem Leerstand und einer großen Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum. Diese Sachlage droht sich noch zu verschärfen. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist mit einer rasch wachsenden Gruppe an Senior*innen zu rechnen, die mit weniger Geld als zu Beschäftigungszeiten zurechtkommen müssen. Gleichzeitig setzt die Energie- und Finanzkrise bei zeitgleich steigenden Mieten und Nebenkosten auch Familien zu, die sich bisher Wohnungen auf dem normalen Mietmarkt leisten konnten. In Antizipation einer sich verschärfenden Sachlage ist es wichtig nachzuhalten, welche Maßnahmen bisher eingesetzt werden, welche Evaluationskriterien für die Vergabe von gefördertem Wohnraum

angewendet werden und inwieweit bestehende Handlungskonzepte, mit denen die Probleme gelöst oder zumindest entschärft werden sollen, gegebenenfalls verändert oder **erweitert** werden müssen.

Anlage/n

1 - 2026-06-18_SID_Anfrage_Wohnungsnot_Maßnahmen_Handlungskonzepte (öffentlich)

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Soziales, Integration und Demographie

Herrn Christian Mechnich

Im Hause

18.06.2026

Anfrage „Wohnungsnot, Maßnahmen und Handlungskonzepte“

Sehr geehrter Herr Mechnich,

bitte nehmen Sie gemäß §5 der GeschO folgende Anfrage auf die Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 30.06.26:

Anfrage

Aus den Antworten der Verwaltung vom 17.03.2026 geht hervor, dass vielen Menschen mit Wohnberechtigungsschein keine geförderte Wohnung angeboten werden konnte.

- (1) Erfüllen diese Menschen bestimmte Kriterien nicht, die dazu führen, dass sie nachrangig behandelt werden? Wie sieht der Kriterienkatalog für die Vergabe aus?
- (2) Welche Hilfestellung erhält diese Personengruppe?
- (3) Wie lang sind die durchschnittlichen Wartezeiten, um in geförderten Wohnraum einziehen zu können? Was ist die bisher längste Wartezeit?
- (4) Welche relevanten Ziele/Teilziele, die im Handlungskonzept Wohnen formuliert sind, hat die Stadtverwaltung bereits erreicht? Welche stehen noch aus? Wie sehen die Prioritätenliste und Zeitschiene bezüglich dieser Maßnahmen aus?

- (5) Wie weit ist die Verwaltung mit der Entwicklung eines Konzeptpapiers zur Bewältigung von Obdachlosigkeit?
- (6) Erwägt die Stadt ein Merkblatt zur Meldung von Wohnungsleerstand herauszugeben? Falls nicht, was spricht aus Sicht der Verwaltung dagegen?

Begründung

Hagen ist eine Stadt mit hohem Leerstand und einer großen Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum. Diese Sachlage droht sich noch zu verschärfen. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist mit einer rasch wachsende Gruppe an Senior*innen zu rechnen, die mit weniger Geld als zu Beschäftigungszeiten zurechtkommen müssen. Gleichzeitig setzt die Energie- und Finanzkrise bei zeitgleich steigenden Mieten und Nebenkosten auch Familien zu, die sich bisher Wohnungen auf dem normalen Mietmarkt leisten konnten. In Antizipation einer sich verschärfenden Sachlage ist es wichtig nachzuhalten, welche Maßnahmen bisher eingesetzt werden, welche Evaluationskriterien für die Vergabe von gefördertem Wohnraum angewendet werden und inwieweit bestehende Handlungskonzepte, mit denen die Probleme gelöst oder zumindest entschärft werden sollen, gegebenenfalls verändert oder erweitert werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Köppen

Ausschussmitglied

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN